

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2.50 M., bei
regelmäßiger Bestellung 2.75 M., durch
den Post 3 M., dreimonatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., auswärts Postgebühren
zusätzlich. Werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Nr. 8308 des amtl. Zeit.-Verz.
für die Redaktion verantwortlich
Dr. Ernst Schulte in Halle.

Saale-Beilage.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren
Raum mit 20 Wg., solche aus Halle mit
15 Wg. berechnet und in der Expedition,
von denen Annoncenblätter und allen
Annoncen-Expositionen angenommen.
Retikieren die Zeile 60 Pf.
Ersteinst wöchentlich zweimal;
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.
(Der Abdruck anderer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 122.

Halle a. d. Saale, Montag den 13. März

1899.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 12. März. Der Kaiser geht gestern früh den
Sporplatz des Generals des Militärarztes, Generals v. Hofme,
und davon anschließend den des Staatssekretärs v. Hilow. Um
9 Uhr 25 Min. begab sich der Kaiser mit Sonderung nach
Potsdam, wohne dort den Heil-Verhörungen der Offiziere
der Garde-Kavallerie-Regimenter bei und nahm das Frühstück
bei dem Ober-Regiment. Um 11 Uhr 8 Uhr abends
empfangt der Kaiser Herr Cecil Rhodes und nahm dann
abends an der Tafel beim Reichskanzler Fürsten Soltanow
Sitzungsbüchlein teil. Außerdem nahmen an der Tafel
mehrere Staatsminister und Staatssekretäre, die Geheime
Rat, Ober-Hof- und Domänenrath Graf v. Helldorf,
sowie der Chef der Reichskasse Herr Geh. Ober-Regierungs-
rath v. Wilmowski teil. Der Kaiser sah dem Reichs-
kammer gegenüber zwischen dem italienischen und dem öster-
reichisch-ungarischen Vorkauf. Der Reichskanzler hatte zur
Rechten den russischen und zur Linken den englischen Vorkauf.
Cecil Rhodes nahm an dieser Tafel nicht teil.
Gestern mittag fand bei dem Kaiser und der Kaiserin an-
lässlich des Geburtstages des Prinzregenten Ludwigs von Bayern
ein Frühstückstafel statt, zu welcher die Mitglieder der bayerischen
Gesandtschaft, der Reichskanzler, der Staatssekretär v. Hilow,
Herr Geh. Rath v. Yancow, Generaladjutant v. Sphale etc.
gesessen waren. Rhodess fand an diesem Tisch ein großes
Interesse in dem mit der Wüste des Negens und mit bayerischen
und deutschen Fahnen und Wappen geschmückten Festsaal des
Kaisers. Der Kaiser sprach an dieser Tafel führte
die bayerische Gemälde Graf v. Verdenfeld, der auch das Hoch
auf den Kaiser und den Prinzregenten ausbrachte.
Der Kaiser wird am Dienstag abend einer Einladung des
größtstädtischen Volkstages Herr Frank Lascelles zum Diner
entsprechen.
Der König von Schweden wird auf der Rückreise nach
dem Süden seine Gemahlin in Vad Hovener, woselbst die Königin
noch einige Zeit verweilen wird, besuchen und auf der Weiter-
reise nach Stockholm auch einige Tage in Berlin verweilen, um
dem Kaiser und der Kaiserin seinen Besuch zu machen. Während
seiner hiesigen Aufenthalt wird der König bei seinem Ge-
sunden, Kommerzienrath v. Lagesheim, in der Bellevuestraße 8
Wohnung wohnen.

Der König von Schweden wird auf der Rückreise nach
dem Süden seine Gemahlin in Vad Hovener, woselbst die Königin
noch einige Zeit verweilen wird, besuchen und auf der Weiter-
reise nach Stockholm auch einige Tage in Berlin verweilen, um
dem Kaiser und der Kaiserin seinen Besuch zu machen. Während
seiner hiesigen Aufenthalt wird der König bei seinem Ge-
sunden, Kommerzienrath v. Lagesheim, in der Bellevuestraße 8
Wohnung wohnen.
Der König von Schweden wird auf der Rückreise nach
dem Süden seine Gemahlin in Vad Hovener, woselbst die Königin
noch einige Zeit verweilen wird, besuchen und auf der Weiter-
reise nach Stockholm auch einige Tage in Berlin verweilen, um
dem Kaiser und der Kaiserin seinen Besuch zu machen. Während
seiner hiesigen Aufenthalt wird der König bei seinem Ge-
sunden, Kommerzienrath v. Lagesheim, in der Bellevuestraße 8
Wohnung wohnen.

Sor der Entscheidung.

Am Dienstag hat der Reichstag über das Schicksal der
Militärvorlage zu entscheiden. Von den verschiedensten
Seiten wird die Lage als eine „sehr ernste“ bezeichnet und
sogar von der eventuellen Auflösung des Reichstages
gesprochen. Davon spricht besonders die „Nationalitz. Kor.“,
wobei nach Herrn Postermann, dem Referenten über die Vor-
lage. Aber auch die Blätter, die sich bei jeder Gelegenheit der
„Scharfmacherei“ befleißigen, sind an der Tätigkeit, allen
voraus die „Polit.“, ihnen sie schreibt:

„Derhart der ausfallgebende Teil des Reichstages hat
seiner laodlich nicht zu rechtigenden Überhand, so wissen
das Reichstag so nicht herauszubekommen werden, die das Centrum
im Interesse seiner Beständnisse zur Regierung bisher
zu vermeiden gewünscht hat.“

„Derhart der ausfallgebende Teil des Reichstages hat
seiner laodlich nicht zu rechtigenden Überhand, so wissen
das Reichstag so nicht herauszubekommen werden, die das Centrum
im Interesse seiner Beständnisse zur Regierung bisher
zu vermeiden gewünscht hat.“

„Derhart der ausfallgebende Teil des Reichstages hat
seiner laodlich nicht zu rechtigenden Überhand, so wissen
das Reichstag so nicht herauszubekommen werden, die das Centrum
im Interesse seiner Beständnisse zur Regierung bisher
zu vermeiden gewünscht hat.“

„Derhart der ausfallgebende Teil des Reichstages hat
seiner laodlich nicht zu rechtigenden Überhand, so wissen
das Reichstag so nicht herauszubekommen werden, die das Centrum
im Interesse seiner Beständnisse zur Regierung bisher
zu vermeiden gewünscht hat.“

Sachverständigen zur Erhaltung ihrer Schlagfertigkeit bedarf,
sondern sich Rechenschaft über den Ernst der Lage geben,
die entstehen möge, wenn die Mehrheit der Beauftragungs-
berufenen nachgeben wollte, die bezwecken, sie auf die Verhältnisse
der Budget-Kommission gleichsam festzusetzen.“

Nach den bisherigen Anzeichen ist nicht zu erwarten, daß das
ausfallgebende Centrum über das in den Verhältnissen der
Budgetkommission festgelegte Maß von Entgegenkommen hinaus-
gehen werde. Ob es bei der veränderten Sachlage sich bereit
finden wird, mit Rücksicht auf das verhältnismäßig geringfügige
Streitobjekt seinen Widerstand aufzugeben, wird sich morgen
abends herausstellen müssen. Die neueste Äußerung der
„Germania“ belagt hierzu:

„Es fehlt weder an Vordrängen noch an Drohungen, die darauf
abzielen, das Centrum für die volle Förderung der Re-
gierung zu gewinnen. Die Zustimmung des Reichstages
wird sich dadurch jedoch nicht beeinflussen lassen und auch eine
Auslösung des Reichstages, die wir indessen für aus-
geschlossen erachten, nicht fürchten. Es kommt aber darauf
an, daß die Entrennungsfaktion bei der entscheidenden Ab-
stimmung an Dienstag rechtzeitig und so vollständig anwesend
ist, damit wird zweifellos die Regierungsvorlage nicht in
völliger Umlage bewilligt, sondern der Reichstag in der
Kommission gemäß den Vorfällen der Centumstimmigkeit
darauf am Dienstag im Reichstag stehen.“

Das Ergebnis der Abstimmung ist vorläufig noch zweifelhaft.
Die „Freie. Ztg.“ behauptet, wenn alle fessenden Abgeordneten
zur Stelle wären, würde die Regierungsvorlage mit großer
Mehrheit abgelehnt werden. Sie folgert dies daraus, daß die
Vorlage in der Kommission, wenn dort nicht drei Mitglieder
von der linken Seite des Hauses gestrichelt hätten, mit 16 gegen
12, statt mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt worden wäre.
Sie rechnet aus, daß der Regierungsvorlage nur 160 Mit-
glieder des Reichstages günstig wären, während die Gegner
zusammen über 235 Stimmen verfügten. Aber die Rechnung ist
in der Voraussetzung gemacht, daß das Centrum Mann für
Mann gegen die Vorlage stimmen werde, und das ist sehr un-
wahrscheinlich. Der Reichstag in der Kommission ist zustande
gekommen, indem für die Vorschläge des Centrums außer dieser
Partei auch die Konserverativen und Nationalliberalen stimmten.
Er kann auch nur so im Plenum zustande kommen. Stimmen
dort die Konserverativen oder die Nationalliberalen oder beide
Parteien nur für die volle Regierungsvorlage und nicht für
die Vorschläge der Kommission, dann wird alles abgelehnt
werden. Derzeit rufen agrarische Blätter zu dieser Zeit.

Sie machen auch dem Kriegsminister Vorwürfe, daß er sich
mit den Freunden der Vorlage nicht in engere Verbindung ge-
setzt und nicht mit Entschiedenheit den Vorschlag des Centrums
für unannehmbar bezeichnet habe.
Wir selbst halten die Situation nicht für so ernst, wie sie nach
den Äußerungen erscheinen könnte. Vor allem glauben wir,
nach dem, was im letzten Jahre geschehen, nicht daran, daß es
die Regierung auf einen Konflikt mit dem Centrum, das in
diesem Fall den Ausschlag gibt, ankommen läßt. Auch er-
scheint es uns zweifelhaft, ob im Fall einer Auflösung der neu
zu wählende Reichstag der Militärvorlage ein anderes Gesicht
gibt; Annahmen würden wahrscheinlich überwiegend den
Sozialdemokraten zugute kommen.

Cecil Rhodes in Berlin.

Herr Cecil Rhodes, der Gast des Herrn v. Hansemann, ist
am Samstag nachmittag vom Kaiser in Audienz empfangen
worden, nachdem er am Freitag dem Unterstaatssekretär des
Auswärtigen Amtes, Herrn v. Rittschon, und am Samstag
dem Staatssekretär Herrn v. Hilow selbst, auch dem Reichs-
kanzler seine Besuche abgestattet. Am Samstag nachmittag
erhielt er auch im Reichstage in der Diplomatenloge, ent-
fernt sich aber sofort, als Graf Stolberg auf ihn zu
sprechen kam.

Die Aufgabe, zu deren Durchführung Rhodes nach Berlin
gekommen ist, besteht bekanntlich hauptsächlich darin, die Zu-
stimmung der deutschen Regierung zu gewinnen, daß die
transsaharische Eisenbahn, die von Ägypten nach
Tritank-Sidafrika gehen soll, durch das deutsch-afrika-
nische Kolonialgebiet geführt werde. Es handelt sich also um
sehr wichtige wirtschaftliche und koloniale Interessen, die
Deutschland wie England in gleicher Weise berühren. Die maß-
gebende Kreise Berlins sind nicht übereinstimmend. Die maß-
gebend zu entscheiden, selbstverständlich unter der Bedingung, daß
die Eisenbahn, soweit sie deutsches Gebiet berührt, unter
deutscher Kontrolle bleibe, auch wenn sie mit englischen
Kapital gebaut wird. Für die Bahn von Kairo nach Kapstadt
soll Cecil Rhodes außer der Linie durch Deutsch-Ostafrika
noch den Weg durch den Kongofaß zur Verfügung. Wenn er
die erste Linie vorgeht, ist nach dieser Auffassung kein Grund
vorhanden, sich von vornherein abzusagen zu dem Antrieben
zu stellen. Es wird sich dabei vor allem fragen, ob von der
Bahn eine Abwendung des Verkehrs nach den englischen Be-
ziehungen, eine nachteilige Konkurrenz für diejenigen Be-
ziehungen zu Grunde liegen. Hier kommt namentlich das
Centralbahnprojekt, von der Küste nach Tabora und von dort
entweder bis Zanzibar, andererseits vom Victoria Nyanza,
in Ostafrika. Es bezieht die Verbindung dieser central-
afrikanischen Gebiete einwärts mit dem Ozean. In erwo-
genen freilich bliebe noch, ob es den deutschen Interessen nicht dien-
licher wäre, die Ausbeutung der Bahn, soweit sie deutsch-afri-
kanisches Gebiet berührt, in eigene Hände zu nehmen.
Die hierzu erforderlichen Kapitalien dürften bei der voran-
sichtlich hohen Rentabilität der Bahn in Deutschland wohl an-
zutreiben sein.

Die Verhandlungen mit Rhodes führt hauptsächlich der
Unterstaatssekretär Herr v. Rittschon, der bekanntlich

früher lange Jahre in Kairo war. Dem in Deutschland so
übel bekannten und „ungehörten König Sidafrikas“ sind die
Blätter, die jahrelang gegen Cecil Rhodes und die ganze
englische Politik in Afrika geschrieben haben, jetzt zu der Ein-
sicht gekommen sind, daß die Politik eine Geschickliche und nicht
eine Geschickliche sei, und daß Cecil Rhodes über ein
so wichtiges Geschäft, wie die großen Bahnanlagen in Afrika,
nichts ohne Verhandeln lassen darf, wenn auch mit großer Vorsicht
und dem festen Entschluß, nicht überzubereiten zu lassen.
Die Erinnerung an den Einfall Jamesons in Transvaal ist
ihm noch nicht vergessen.

Der „Daily News“ zufolge will Rhodes nicht nur über die
Kap-Kairo-Linie in Berlin verhandeln, sondern auch die vor-
bereitenden Schritte für den Bau einer Eisenbahn durch
Deutsch-Südwestafrika nach Rhodetia (Tutu), welche
Rhodetia direkten Zugang vom Atlantischen Ozean gewähren
und so den Weg nach England verkürzen würde. Diese Bahn
würde von der Westküste über Unterberg ausgebaut;
legtere würde vorgezogen werden, falls sie sich als Hafen- und
Eisenbahn der Bahn besitzen erwiese, da sie eine kürzere und
leichtere Straße nach Witwatersrand gewähre. Dieser Weg würde
Afrika eine fast vollständige Bahnverbindung nur durch von
Westen nach Osten geben. Es ist dies natürlich keine Sache
von heute auf morgen, doch ist Cecil Rhodes weit in die Zukunft
zu blicken.

Herr v. Miquel und die Kanalvorlage.

Aus verschiedenen Anzeichen schließt man, wohl nicht mit
Unrecht, daß der Schilling der Agrarier Herr v. Miquel, der
Kanalvorlage nicht besonders sympathisch gegenüberstehe.
Diese Zweifel werden vielfach aus nationalliberalen Kreisen
laut, in denen man übrigens in dieser Frage auch nicht einheit-
liche Meinung ist. So schreibt neuerdings die in Dortmund er-
scheinende nationalliberale Korrespondenz für Westfalen:

Jeder Zweifel daran, daß die nationalliberale Fraktion in
dieser Frage geschlossen vorgehen wird, ist ausgeschlossen.
Das Schicksal der Vorlage wird wesentlich von dem Nach-
druck abhängen, der ihr von der Regierung gegeben
werden wird. Weil, in alles wird darauf ankommen, in
wie hohem Maße der Minister v. Miquel sich für das
Zustandekommen der Vorlage einsetzen wird. Er ist der
mächtigste Mann heute in Preußen, und wenn einer bei den
Konserverativen es durchsetzen kann, daß sie ihre bisherige
Gegnerlichkeit aufgeben, dann ist er es. Wie man auch
Anzeichen hat man schätzen wollen, daß Herr v. Miquel das
Zustandekommen der Vorlage überaus nicht wünscht. Wir
glauben Grund zu haben in der Annahme, daß man ihm
dem sehr unrecht tut; es darf noch weiterer Kenntnis der
Dinge als vollständig eingeschlossen gelten, daß Herr v. Miquel
in dieser wichtigen Angelegenheit eine Politik zu verfolgen den
Wunsch haben könnte, die abweichend wäre von der Politik
seiner Anwärter oder ihr gar direkt entgegen wirken würde.
Die Frage kann höchstens sein, mit welchem Eifer Herr
v. Miquel die Förderung der Vorlage sich annehmen ent-
schließen möchte. Stellt er sich mit seinem ganzen Einflusse
entschieden dahinter, dann wird die Möglichkeit der Vorlage sehr
viel günstiger, als pessimistische Urtheile bisher annehmen
wollten; im anderen Falle würde es nicht ohne die
Schuld der Regierung geschehen, wenn, was wir nicht
glauben, die Kanalvorlage triumphen sollte.

Während diese Wohnung an den Minister manchen stutzig
machen wird, ist eine andere Äußerung aus landwirtschaftli-
chen Kreisen über Kanalfragen um so ersehrlicher. Ein
hannoverscher Mittelgutsbesitzer, W. v. a. W. W. W., schreibt
in einer Auflage: „Der Mittelstand kann seine Gefahr für die
Landwirtschaft“ folgenwortsatz:

Der Kanal wird, so sicher wie zweimal zwei gleich vier ist,
dazu beitragen, daß die Verhältnisse unerer Landwirth-
schaft sich zu bessern werden, daß wenn wir uns auch nicht
einmal einen Augenblick, so doch, wo wir wieder mit einer neuen
Geld kaufen können, wenn irgend welche hat, die Entladung
des Kanals zu wünschen, so sind es die Landwirthe.
Biswas beweist diese Aufschreibung, indem er zeigt, daß die Ver-
billigung der Frucht nach Mannheim eine bessere Verwertung
seines Getreides zur Folge hat. Außerdem gewinnt die Land-
wirthschaft durch die Fruchtvermehrung für Kasse, Düngstoffe
und Futtermittel.

Die Pensionierung älterer Richter.

Das Abgeordnetenhaus nahm am 21. Febr. einen von allen
Parteien unterzeichneten Antrag an, worin die Staatsregierung
erucht wird, nach in dieser Tagung einen Gesetzentwurf vor-
zulegen, durch den den älteren Richtern aus Anlaß des
Inhaltsrücktritts des Bürgerlichen Gelehrten der Lebenszeit
in den Ruhestand erleichtert wird. Aus diesem Beschluß ist
nun die nachstehende Fassung des Justizministers zurück-
zuführen:

„Bevor die königliche Staatsregierung zu diesem Beschluß
Erteilung vertritt, ist es ihr von Werth, einen ungeschätzten
Anhalt dafür zu gewinnen, in wie hohem Maße ein solches
Gesetz Anwendung finden würde, welches von nachstehenden
Gründungen ausgeht:

1. Eine Entschädigung des Lebensalters in den Ruhestand
kann längere Richter gewährt werden, welche am 1. Jan. 1900
das 65. Lebensjahr vollendet haben werden.
2. Die Altersgrenze besteht darin, daß diesen Richtern auf
die Dauer von drei Jahren, jedoch nicht über das vollendete
75. Lebensjahr hinaus, das volle bisherige Dienst-
einkommen als Wartegeld bleiben, das nach Ablauf dieser Zeit
ihnen in allen Fällen der zulässige Höchstbetrag
der Pension in drei Viertel gewährt und das dieser Höchst-
betrag der Berechnung der Altersgrenze auf dem
Grund gelegt wird, wenn der Richter innerhalb dieser Zeit
verstorben wäre.

Der. Hochwohlgeborer erlaube sich, die Thesen unterstellten
Richter aller Kategorien, welche am 1. Januar 1900 das 65.
oder nicht das 75. Lebensjahr vollendet haben werden, unter

